

# UNSER BESCHLUSS:

The SPD logo consists of a red square with the white letters "SPD" inside.

## SPD DRESDEN LEHNT KOALITIONS- VERHANDLUNGEN MIT CDU UND CSU AB.

Beschluss des Vorstandes der SPD Dresden  
17. Januar 2017

### **SONDIERUNGSERGEBNISSE VON CDU/CSU UND SPD SIND KEINE GRUNDLAGE FÜR GLAUBWÜRDIGE REGIERUNGSPOLITIK**

**Der Unterbezirksvorstand der SPD Dresden möge beschließen und an die sächsischen Delegierten zum Bundesparteitag sowie die sächsischen Mitglieder im Parteivorstand weiterleiten:**

Die SPD hat trotz eines intensiven Wahlkampfes am 24. September die Bundestagswahl klar verloren. Aber nicht nur der SPD wurde mit diesem Ergebnis ein Teil des Vertrauens entzogen, auch die Große Koalition würde abgewählt. Deswegen war es folgerichtig - im Sinne unserer Demokratie und für die eigene Glaubwürdigkeit, dass als Konsequenz dieses Ergebnisses eine erneute Große Koalition im Bund mehrfach durch den SPD-Parteivorstand ausgeschlossen wurde.

Die SPD hat im Wahlkampf für die Abschaffung der Zweiklassenmedizin, die Entlastung von kleineren und mittleren Einkommen und für ein gerechteres Steuersystem gekämpft. Bildung sollte allumfassend kostenfrei werden, die Gleichstellungen von Frau und Mann sollte konsequent weiter vorangetrieben, die Situation von Menschen, die arbeitslos geworden sind, deutlich verbessert und die Lebensleistung der Menschen im Osten durch den Gerechtigkeitsfond zumindest besser als bisher gewürdigt werden. Die SPD ist angetreten, um Deutschland gerechter zu machen.

Mit Blick auf die Ergebnisse der Sondierungen müssen wir feststellen, dass sich die SPD insbesondere mit zentralen sozialdemokratischen Kernthemen nicht gegen CDU/CSU durchsetzen konnte. Es wurden zweifelsfrei einige sehr respektable Einzelerfolge - z.B. im Bereich Bildung - erreicht. Auch aus kommunaler Perspektive sind durchaus deutliche Fortschritte festzustellen, wie z.B. die Stärkung des sozialen Arbeitsmarktes oder die Erhöhung der Verkehrsinvestitionen. In anderen, besonders für Dresden wichtigen, Themen, wie der Regulierung des Wohnungsmarktes oder der stärkeren Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist die Vereinbarung wiederum ungenügend.

Lichtblicke und Einzelerfolge, wie beispielsweise Ansätze für eine neue Europapolitik oder zusätzliche Investitionen in Bildung, können und dürfen nicht darüber hinwegtäuschen,

dass für unser Land zentrale Projekte nicht im Sondierungspapier enthalten sind. Prioritäre Wahlkampfforderungen der SPD in Bezug auf Steuerpolitik, Gesundheitspolitik oder beispielsweise Arbeitsmarktpolitik sind teils nur unzureichend, teils gar nicht im Verhandlungsergebnis enthalten. Wichtige Projekte wie die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Einführung der Bürgerversicherung, die Regulierung des Arbeitsmarktes im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder die wirkliche Bekämpfung der Altersarmut werden im Sondierungspapier nicht ausreichend angegangen. Ferner sehen wir die Preisgabe der Klimaschutzziele 2020 äußerst kritisch. Im Bereich der Asyl- und Integrationspolitik dominiert zudem leider die rechte Rhetorik der CSU, die Obergrenzen propagiert und den Familiennachzug stark begrenzt.

Dies bedeutet für uns: Die Dresdner SPD spricht sich gegen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU aus. Dem Gesamtpaket des Sondierungspapiers können wir aus inhaltlichen Gründen nicht zustimmen. Wir empfehlen unseren Bundesparteitagsdelegierten in diesem Sinne zu votieren und die Große Koalition abzulehnen. Zudem sind wir nach wie vor der Auffassung, dass eine Neuauflage von schwarz-rot im Bund auch aus demokratischen Erwägungen heraus nicht gut für die Zukunft unseres Landes wäre. Diese grundsätzliche, schwierige, aber wohl überlegte Entscheidung bedeutet für uns staatspolitische Verantwortung übernehmen!

Darüber hinaus muss sich die SPD gerade von anderen politischen Parteien nicht belehren lassen. Insbesondere CDU, CSU und die FDP hatten ihre Chance zusammen mit den Grünen eine Regierung zu bilden. Die aktuelle Situation ist auch dem Unvermögen von Frau Merkel und ihrer Union zuzuschreiben, haben sie es nicht geschafft haben, sich mit Grünen und FDP zu einigen. Zugleich verweigern sie sich aber auch einer Politik, die mehr soziale Sicherheit schafft und Grundlage für eine weitere Koalition mit der SPD hätte sein können. Die teilweise Nichterfüllung des letzten Koalitionsvertrags und weitere Vertrauensbrüche nach der Bundestagswahl sind ebenfalls Ausdruck dieses Unvermögens. Mehr als im Sondierungspapier festgeschrieben wurde, ist seitens der SPD mit CDU und CSU nicht mehr zu erreichen. Und das ist aus Sicht der Dresdner SPD einfach zu wenig.

Eine generelle Entscheidung gegen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit CDU/CSU aus inhaltlichen Gründen und im Sinne der Stabilisierung unserer Demokratie gegen die Populisten von rechts - wofür wir bei allen Delegierten zum Bundesparteitag werben - ist bei Erfolg in ihrer Konsequenz auch nicht mit Neuwahlen gleichzusetzen. Mit Blick auf das Grundgesetz bieten sich auch weiterhin Möglichkeiten zur Bildung einer Minderheitsregierung oder zur Etablierung alternativer Regierungsmodelle. Die während der Sondierungen gefundenen Kompromisse, beispielsweise in der Europapolitik, könnten Grundlage für gemeinsame Vereinbarungen sein, mit denen Deutschland trotz des Fehlens einer festen Regierungsmehrheit handlungsfähig und verlässlich bleibt. Der Bundesparteitag sollte die Parteispitze auffordern, solche Modelle aktiv anzustreben. Entweder Große Koalition, sonst Neuwahlen sind nach wie vor nicht die einzigen Optionen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland.

**Der Beschluss wurde einstimmig angenommen**